



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. November 2022  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **P 1023 Postulat Rüttimann Daniel und Mit. über die Prüfung und Vorbereitung von regionalen Lösungen zur Bereitstellung von Unterkunftsplätzen im Asyl- und Flüchtlingsbereich / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Das Postulat P 1023 wurde auf die November-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 110 zu 0 Stimmen zu.

Das Postulat P 1023 und die Anfrage A 1025 von Urban Frye über Unterkünfte für Geflüchtete in der Stadt Luzern in den kommenden Monaten werden als Paket behandelt. Folgender Antrag liegt zum Postulat P 1023 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Urban Frye ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Frye: Zuerst einmal noch einen herzlichen Dank an Ruedi Amrein und Jörg Meyer. Sie haben auf den Punkt gebracht, um was es hier eigentlich geht. Ich hoffe, dass durch die Überweisung des Postulats die Gemeinden mehr mit einbezogen werden. Ich habe die Anfrage mit Freude gelesen, die in der Stadt Luzern eingereicht wurde. Die Stadtregierung sagt, dass sie sehr wohl bereit ist, mehr Personen aufzunehmen, und dass sie keine Bonuszahlungen will. Die Stadt Luzern setzt sich vorbildlich ein, wie übrigens die meisten Gemeinden, wenn auch nicht alle. Ich habe nach den Vorkommnissen in Wikon unzählige Mails erhalten von geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern aus anderen temporären Unterkünften (TUK), auch aus der Stadt, auch aus dem Libellenhof, auch aus St. Urban und aus verschiedenen anderen Orten, welche berichten, dass die Zustände genau gleich sind. Ich möchte Ihnen dazu drei Sätze von einer Frau vorlesen, wie es ihr eigentlich geht: «Ich habe auch kein persönliches Umfeld, in dem ich allein sein kann und zum Beispiel die Möglichkeit habe, einfach zu weinen. Angesichts der Nachrichten aus unserem Land und der Zahl der Todesfälle von Menschen, die ich kenne, ist das von Zeit zu Zeit notwendig.» Sie wohnt mit ihren Eltern in einem kleinen Zimmer, das ihr von der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) zugeteilt wurde. «Meine Eltern sind ziemlich alt. Meine Mutter hat Probleme mit ihrem Herzen, und da ich mich um ihre Gesundheit kümmere, kann ich in ihrer Gegenwart einfach nicht weinen.» Das ist die Realität. Weitere Auszüge aus einigen Mails: «In unserem Lager zwang uns die Leitung durch Drohungen und Erpressung, eine Vereinbarung ohne Übersetzung zu unterschreiben. Die Zusammensetzung der Drohungen war wie folgt: Wenn ihr den Vertrag nicht sofort unterschreibt, müsst ihr das Lager sofort verlassen und werdet aller Sozialleistungen beraubt. Wir werden auch einen Antrag auf Entzug des Asylstatus vorbereiten.» Eine weitere Meldung: «Unter Druck wurden wir gezwungen, diesen unverständlichen Vertrag zu unterschreiben, weil wir nicht mit den Kindern auf der Strasse sein wollten. Vor der Unterzeichnung haben wir gesagt, dass wir den Vertrag für ungültig halten, weil wir ihn nicht lesen durften und uns keine Kopie ausgehändigt

wurde und wir keine Übersetzung anfertigen durften.» Weiter: «Die Lagerverwaltung übt ständig psychischen Druck auf uns aus. Ständig werden uns neue Regeln für den Aufenthalt mitgeteilt, die nirgendwo geschrieben stehen und die wir nicht lesen können. Jedes Mal drohen sie mit Sanktionen nach eigenem Ermessen: teilweiser oder vollständiger Einbehalt der Zahlungen, Ausweisung aus dem Lager oder die Androhung der Verlegung in eine schlechte Unterkunft.» In der letzten Session hat der Regierungsrat mit leichtem Unmut gefragt, warum man dies in der Öffentlichkeit besprechen müsse. Man hätte dies doch mit einem Telefon erledigen können, dann hätte sich der Regierungsrat darum gekümmert. Eine Zeugin, die als Freiwillige arbeitet: «Frau G. wurde von ihr äusserst unfreundlich und demütigend behandelt, und ich musste erneut intervenieren und ihr sagen, sie habe sich im Ton vergriffen, das sei kein Gefangenenlager. Ich habe ihr auch gesagt, dass ich es nach Luzern melden werde, was ich nicht gemacht habe, da dort gemäss Erfahrungen der letzten Monate eh niemand zuhört.» Das sind Bilder, die wir aus den TUK erhalten. Ich sage nicht einmal, dass das alles eins zu eins wahr ist. Ich kann aber nicht verstehen, dass der Regierungsrat nicht hinschaut. Zuletzt hiess es, Anwälte würden sich darum kümmern. Nachdem letzte Woche ein Anwalt der TUK in St. Urban geschrieben hat, kam der Hinweis, dass die betreffenden Personen am nächsten Mittwoch von St. Urban nach Willisau umziehen müssen.

Sibylle Boos-Braun: Ich habe neben dem FDP-Hut jetzt auch den Gemeindevertreter-Hut auf. Ich spreche gleich zu allen drei Vorstössen. Ich danke der Regierung für die in Aussicht gestellte Unterstützung der Gemeinden für die regionalen Lösungen bei der Unterkunftsbereitstellung. Die Organisation wird nicht einfach, genauso wenig wie die Absprache unter den Gemeinden. Entsprechend sind wir froh um die Unterstützung. Die FDP unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats. Die Regierung hat aus unserer Sicht auch die beiden Anfragen von Urban Frye gut beantwortet. Ganz allgemein sind die Herausforderungen im Kanton und in den Gemeinden in Sachen Flüchtlingssituation immer noch sehr gross. Wir haben es bei den Voten zu den vorangegangenen Vorstössen zum Teil schon gehört. Immer wieder tauchen neue Fragen auf und müssen geklärt werden, zum Beispiel der Umgang mit Flüchtlingen mit Behinderungen. Von wem erhält man einen Rollstuhl? Die Beschulung ist herausfordernd. Sehr heterogene Klassen erhalten neue Kinder, die nicht gut Deutsch können und zum Teil traumatisierende Erfahrungen gemacht haben. Zum Thema Baubewilligungen für temporäre Unterkünfte: Wir haben von den Erfahrungen von Urs Brücker im Fall Meggen gehört. Der schnellen Umsetzung von temporären Unterkünften sind leider wirklich klare Grenzen gesetzt. Es ist für uns sehr ernüchternd, dass dem Regierungsrat trotz Notrecht die Hände gebunden sind. Das ist für mich schon fast eine Kapitulation vor dem Rechtsstaat, wenn man das nicht beschleunigen kann im Wissen, dass die Alternative für die Geflüchteten wohl ein Bett in einer Zivilschutzanlage ist. Ein weiteres neues Thema ist, dass immer mehr Ukrainer Arbeit finden, was sehr positiv ist. Man merkt aber, dass dann die Schuldenfalle plötzlich sehr schnell zuschnappen kann, da sie dann auf einmal alle Rechnungen selber zahlen müssen. Auch hier muss man wieder den Prozess anschauen. Es sind immer wieder neue Situationen, die geklärt werden müssen. Wir alle sind am Reagieren, machen Troubleshooting, meistens zwei Schritte hinterher, aber das ist wohl der Krisensituation geschuldet. An dieser Stelle möchte ich allen danken, die seit Monaten mithelfen, Lösungen für die Flüchtlinge zu finden, in erster Linie den Mitarbeitenden aller kantonalen Stellen. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit. Wir sind inzwischen wirklich offen, konstruktiv und sehr lösungsorientiert unterwegs. Aber der Dank gilt auch den Gemeinden mit ihren Verwaltungsangestellten und all den vielen Freiwilligen. Es braucht wirklich von allen Seiten eine hohe Flexibilität. Es ist noch kein Ende in Sicht. Wir müssen jetzt aber auch gemeinsam über Verbesserungen und Optimierungen sprechen. Die letzten Monate haben gezeigt, was gut läuft und wo es im System des Kantons Luzern Anpassungen braucht. Wir haben im Namen der Gemeinden den kurz- und mittelfristigen Handlungsbedarf aus unserer Sicht beim Regierungsrat eingereicht und hoffen, dass wir bald Antworten erhalten. Man sieht, es braucht auch weiterhin einen intensiven Austausch und Diskussionen und ich danke dem zuständigen

Regierungspräsidenten wirklich für die Unterstützung in dieser sehr schwierigen Situation.

Jasmin Ursprung: Gemäss den Berechnungen des Staatssekretariats für Migration werden mehr Flüchtlinge kommen als bisher angenommen. Deshalb werden auch mehr Plätze benötigt werden. Der Regierungsrat gibt nur ein Minimum vor und kein Maximum. Somit sollte es kein Problem sein, wenn die Stadt Luzern mehr Plätze zur Verfügung stellen möchte. Bezüglich Libellenhof ist es klar, dass man Kinder, welche eine Schule besuchen, wenn möglich nicht den jeweiligen Gemeinden entziehen sollte. Es ist aber auch klar, dass dies nicht immer garantiert werden kann. Das Gleiche gilt für die Zivilschutzanlagen. Wir müssen immer an die Grundgedanken der Flüchtenden denken. Sie sind auf der Flucht und werden froh sein, ein Dach über dem Kopf zu haben und nicht immer im Kriegsgebiet zu sein. Wir haben im Moment eine so tiefe Leerwohnungsziffer wie schon lange nicht mehr. Einige junge Schweizer Familien und ältere Personen finden in gewissen Regionen kaum mehr bezahlbaren Wohnraum. Die preiswerten Wohnungen werden häufig von der Gemeinde für die Flüchtenden angemietet. Es darf schlussendlich auch nicht das Ziel sein, dass die Schweizer Bevölkerung keinen oder nur noch sehr teuren Wohnraum findet. Wir müssen auf alle achtgeben.

Stephan Schärli: Diese Themen sind sehr herausfordernd und verlangen Lösungen, und diese sind immer wieder neu zu justieren. Teilweise jeden Tag kommen neue Probleme auf uns zu, die wir neu bewerten und wo wir die Lösungen anpassen müssen. Die Antworten der Regierung zeigen genau auf, dass es ein Prozess ist, und die Regierung zeigt auch sehr schön in ihren Antworten, dass sie in diesem Prozess unterwegs ist und auch die Bereitschaft zeigt, für Lösungen Kompromisse einzugehen. An dieser Stelle danken wir der Regierung für die Beantwortung der Fragen. Wir möchten aber auch dem ganzen Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) Danke sagen für die Arbeit, die es in diesem Zusammenhang leistet. Die Mitte ist sehr glücklich darüber, dass das GSD so gute Arbeit leistet und diese Herausforderungen meistert.

Dieter Haller: Zehntausende Menschen sind wegen des Krieges in der Ukraine in die Schweiz geflüchtet. Neun Monate nach Kriegsbeginn ist die Solidarität mit den Ukrainerinnen weiterhin gross, so auch in der Stadt Luzern. Bis Ende Jahr rechnet der Bund mit mindestens 80 000 Geflüchteten aus der Ukraine. Dazu kommen über 20 000 Asylsuchende, die über die Balkanroute in die Schweiz reisen, was insgesamt über 100 000 Flüchtlinge ausmacht. Die finanziellen Folgen für unser Land und unseren Kanton sind enorm, so rechnet der Bund pro 40 000 Flüchtlinge mit Ausgaben in der Höhe von rund 1 Milliarde Franken, dazu kommen weitere Kosten, die bei den Kantonen und den Gemeinden anfallen, wie für Schulen, Sozialhilfe, Sicherheit oder das Gesundheitssystem. So berechtigt die Hilfen für Kriegsvertriebene sind, ist die Grenze des Vertretbaren jedoch schon längst überschritten. Dies auch in der Stadt Luzern, wo sich eine links-grüne Sozialindustrie ausgebreitet hat, was sich in Zahlen von rund 1100 Personen über dem Aufnahme-Soll zeigt. Dass dabei die links-grüne Industrie die Migrationspolitik nach ihrem Gusto umbauen möchte, scheint niemanden zu interessieren, auch was die Kosten betrifft. Vielmehr hätte man sich eine Anfrage gewünscht, ob es sich bei den schutzsuchenden Ukraine-Flüchtlingen auch wirklich um Schutzsuchende handelt oder doch eher um Asylmissbrauch mit Schutzstatus S und ob man sich wirklich bemüht, dass der Schutzstatus S rückkehrorientiert ist, sobald der Krieg vorbei ist. Es ist eine Selbstverständlichkeit und auch eine humanitäre Aufgabe der Schweiz und des Kantons Luzern, dass genügend Schutzplätze für schutzsuchende Kriegsflüchtlinge vorhanden ist. Daran arbeitet der Kanton Luzern laufend, was auch richtig ist. Die Antworten des Regierungsrates auf die Fragen sind schlüssig und hätten durch ein einfaches Telefonat oder ein wenig Recherche geklärt werden können.

David Roth: Ich finde es wirklich degoutant, wie die SVP versucht, hier gegen Flüchtlinge Stimmung zu machen und damit probiert, die Schweizer Bevölkerung gegen diese Leute aufzuhetzen. Wenn Sie sich über die Flüchtlingsströme beklagen, dann sollten Sie zu Ihren Vertretern im Nationalrat gehen und sie bitten, damit aufzuhören, die Russen zu unterstützen.

Andy Schneider: Wir danken der Regierung für die Beantragung der Erheblicherklärung

des Postulats von Daniel Rüttimann. Das Anliegen der regionalen Unterbringung ist wichtig, und wir wünschen uns, dass der Lead mehr beim Kanton liegt. Die Koordination zwischen den Gemeinden funktioniert mit Unterstützung durch den Kanton besser, und es kommt zu besseren Lösungen. Nicht jede Gemeinde sollte sich mit den anderen Gemeinden zusammensetzen müssen, der Lead sollte bei der Regierung liegen, bei Regierungsrat Guido Graf, der dies gut macht.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich möchte zuerst ein Dankeschön sagen für die Komplimente und den Dank, die wir erhalten haben. Wir haben gewisse Erfahrungen gemacht und Lehren daraus gezogen. Ich sass mit den Luzerner Gemeinden zweimal zusammen, der Austausch war wirklich gut und konstruktiv. Auch die Zusammenarbeit mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) funktioniert gut. Wir sind eher auf einem guten Weg, vor allem können wir diese Herausforderungen nur zusammen lösen. Wir wollen diese auch lösen. Ich möchte noch etwas zur Stadt Luzern sagen: Die Stadt Luzern hat heute schon 1000 Flüchtlinge mehr aufgenommen, als sie hätte aufnehmen müssen. Die Stadt Luzern leistet hier hervorragende Arbeit, überhaupt geben sich alle Gemeinden mehr als Mühe. Wir sind daran interessiert, miteinander Lösungen zu suchen. Regionale Lösungen sind eine Möglichkeit, aber wir können sie nicht von oben anordnen, das muss mit den Gemeinden zusammen passieren, und es braucht eine Region, die Interesse hat. Aber wir unterstützen das. Ich möchte drei Details erwähnen: Ich habe gestern vom Stadtrat Luzern einen Stadtratsbeschluss erhalten. Der Stadtrat Luzern verzichtet nicht auf die Bonuszahlungen, das möchte ich noch klarstellen. Ich bitte einfach darum, dass man hier Sachen sagt, die korrekt sind. Eine zweite Bemerkung: Wir haben einen Rechtsfall, das ist korrekt. Jemand konnte seinen Hund nicht aufs Zimmer nehmen wegen Hygienevorschriften und klagt jetzt deswegen. Das ist mir gleich. Wenn jemand Zeit dafür hat, soll er klagen. Das Dritte ist, dass St. Urban und die Marienburg Durchgangszentren sind. Die Geflüchteten kommen dort an und werden dann weiterverteilt. Das ist einfach so. Wir brauchen grosse Zentren, damit wir die Menschen auffangen können, aber die Leute müssen wieder weitergehen. Ob das gut ist oder weniger gut, das können Sie selbst beurteilen. Alles machen wir nicht gut, aber sehr vieles. Betreffend Postulat: Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären. Aber wie schon gesagt, sind hier die Gemeinden auch gefordert und nicht nur der Kanton.

Der Rat erklärt das Postulat mit 108 zu 0 Stimmen erheblich.